

LESEROBMANN

Kurz, aber viel Unmut



REINHARD OLDEHEWE
TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Manchmal sind es die kleinen Meldungen, die bei Lesern große Gefühle auslösen. Und dann rufen die Leute mich an, nachdem sie die Nachricht in der Zeitung gelesen haben, weil sie nicht wissen, wohin mit ihrem Unmut. Und sie erwarten Verständnis; das dürfen sie, denn in diesem Sinne gehört das Zuhören zu meinen Aufgaben. Doch manchmal passiert dies: „Tut mir leid, aber das sehe ich anders“, sage ich und weiß, dass schwierige Minuten auf mich zukommen. Weil es hier bei zwei Meldungen in kurzen Abständen um ähnliche Themen ging, jeweils zwei Anrufer sich Luft verschaffen wollten und ich mit meiner Haltung (an dieser Stelle) nicht allein sein möchte, schreibe ich nun darüber.

„Grüne: Plastiksteuer muss kommen“, lautete die erste Nachricht. „Ich bin dagegen“, meinte der erste Anrufer. „Hier wird der Verbraucher für etwas bestraft, was allein der Produzent zu verantworten hat, denn er sorgt für den vielen Müll.“ Der zweite Leser meinte: „Zur Kasse gebeten wird erneut der Käufer, aber es gilt das Verursacherprinzip: Diese Kostensteigerung muss der übernehmen, der die Verpackung angeordnet hat.“ Ich führte dagegen an: Der Verbraucher bemerkt, dass das Produkt teurer geworden ist, weil es wegen des Plastiks zusätzlich besteuert wird. Also überlegt er sich, dass er es nicht mehr kaufen will, und er entscheidet sich für eine andere Ware, die mit viel weniger oder gar keinem Plastik auskommt. Dieses Produkt ist auf einmal konkurrenzfähiger gegenüber anderen mit einem hohen Plastikanteil. Also wird es jetzt häufiger verkauft, während das der Konkurrenz in den Regalen liegen bleibt. Gewinner ist die Umwelt. Was die Leser dazu meinten, fasse ich zusammen: Gar nichts.

Die zweite Kurznachricht war mit „Bündnis fordert Zuckersteuer“ überschrieben. Ein Anrufer sagte: „Diese Leute glauben doch nicht wirklich daran, dass die Hersteller dieser zuckerhaltigen Getränke die Steuer schlucken und das Geld von ihrem Profit abzweigen. Nein, im Gegenteil, sie werden die Preise erhöhen, und da frage ich Sie: Wer ist am Ende der Dumme?“ Der zweite Einwand kam von einer Frau: „Dann wird sich unsere Familie die Limo wohl nicht mehr leisten können, wenn sie deutlich teurer wird.“

Ich hätte schweigen können, habe ich aber nicht: „Aber dann ist das Ziel doch erreicht: Weil die süßen Limonaden so teuer werden, dass sie keiner mehr kaufen mag, trinken immer weniger Menschen diese Zuckerbomben und leben dann auf jeden Fall deutlich gesünder.“ Die Reaktionen auf meine Erwiderung darf der Mann zusammenfassen: „Wollen Sie mich ver...?“

Liebe Leser, zwei Dinge wissen Sie jetzt von mir. Erstens: Bei meinen Gesprächen könnte ich es mir einfacher machen und schweigen, meine Meinung für mich behalten. Aber so bin ich nicht, ich will diskutieren. Zweitens: Ich bin jemand mit der Überzeugung, dass man durchaus die Menschen über den Weg des Geldbeutels dazu bewegen kann, gesünder und umweltbewusster zu leben. Und Sie?

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Wenn man das Zuhören verlernt hat

In dem Essay „Die Rechter“ ging es auch um die Antwort auf diese Frage: Funktioniert in unserem Land die Debattenkultur noch? Dies ist eine zweite Auswahl mit Auszügen aus Leserbriefen zu diesem Thema.

Fronten ziemlich verhärtet

Wer den Verlust an Debattenkultur beklagt und die Schuld bei neuen Bewegungen und Parteien sucht, der möge bitte zuerst das 2014 erschienene Buch „Das hohe Haus“ von Roger Willemsen lesen. Darin beschreibt er ausführlich und anschaulich nach einem Jahr aufmerksamer Beobachtung sämtlicher Bundestagsveranstaltungen, welche Art von „Debattenkultur“ von unseren Volksvertretern seit langem gepflegt wird. Das, was man als Otto/Ottillie-Normalbürger unter einer Debatte versteht (Rede – Gegenrede – gemeinsame Lösung suchen), findet dort schon lange nicht mehr statt. Es wird die vorgefasste Parteimeinung vorgetragen und der jeweilige Gegner bewusst und vorsätzlich falsch verstanden und herabgewürdigt. Es kommt nicht mehr darauf an, was gesagt wird, sondern wer es gesagt hat. Somit kann ein Vorschlag oder Gedanke als „Populismus“ abqualifiziert oder als „alternativlos“ hochstilisiert werden, je nachdem, wer ihn vorbringt. Wenn also die gewählte politische Elite der seit Jahrzehnten agierenden Parteien eine „Debattenkultur“ pflegt, die diesen Namen nicht mehr verdient, wie soll dies bei einem solchen Vorbild dann im Kleinen funktionieren? Sicher ist es nicht einfach, unbequemen Fragen und Aussagen zuzuhören, aber es kommt immer darauf an, wie man damit umgeht. Oft steht hinter solchen Fragen keinerlei Angriff gegen irgendwen oder irgendwas, sondern einfach nur Ängste und Sorgen, die gefälligst von den Verantwortlichen ernst zu nehmen sind, statt sie herunterzuspielen. Leider wurde und wird dieser Fehler seit einiger Zeit immer wieder begangen, sodass die Fronten schon ziemlich verhärtet sind. Meiner Meinung nach lässt sich dieser Gordische Knoten nur lösen, indem man von oben beginnt, endlich den Menschen wieder ernsthaft zuzuhören.

Siegfried Franz, Oelsnitz/E.

Das Zuhören verlernt

Das wünschenswerte Niveau einer nicht tendenziösen Debattenkultur wird durch die Verhärtung der Fronten verlernt. Das Ziel der Debattenkultur ist es, die eigene Meinung zu äußern und die des Gegners zu verstehen. In der Realität wird jedoch oft nur die eigene Meinung durchgesetzt, während der Gegner nicht gehört wird. Dies führt zu einer Verhärtung der Fronten und einer Verschärfung der Meinungen. Die Debattenkultur verliert dadurch an Qualität und an der Fähigkeit, Probleme zu lösen.

Klaus Pagenkopf, Werdau

als die allein gültige scheinbar herauszuheben, die andere Seite anzugreifen und sie und ihre Argumente mit solchen Bezeichnungen herabzusetzen und anzuschwärzen, wie im Beitrag geschehen. Das sind im Prinzip abschätzige Kennzeichnungen, die benutzt werden, wenn man sich unter Berücksichtigung der Faktenlage mit ernsthaften und unbequemen Argumenten nicht auseinandersetzen will oder kann, nur vernebelnde Scheingefechte führt, wenn man das Zuhören verlernt oder nie gelernt hat und den anderen überheblich als nicht satisfaktionsfähig klassifizieren will. In einer ernst gemeinten, sachlichen politischen Debatte ist die Auseinandersetzung auf der Grundlage überprüfbarer Tatsachen, und nicht ethisch-moralischer Vorstellungen, das allein bestimmende Element. Ihr Gegenstand wird unter verschiedensten Aspekten vorurteilslos, frei und ohne jede thematische Einengung, persönliche Benachteiligung oder gar restriktive Ausgrenzung der einen oder anderen Seite in einer sich auf den Kern der Sache konzentrierenden, verständlichen Sprache geführt, die erkennen lässt, dass der politische Gegner in jeder vorstellbaren Situation als gleichrangig und ebenbürtig respektiert wird und dass man seiner Argumentation folgt, was unter anderem daran erkennbar wird, dass man auf seine Einwände eingeht und ihnen dadurch einen ähnlichen Stellenwert beimisst wie den eigenen, ohne die eigene Überzeugung aufgeben zu müssen. Die politische Korrektheit sollte eine eher untergeordnete Rolle spielen, weil sie „zu Unklarheit, Widersprüchen und neuen Verständigungsproblemen“ (Bundeszentrale für politische Bildung) führt und weil Gesinnungsurteile in einer solchen Diskussion nichts zu suchen haben. (...)

Klaus Pagenkopf, Werdau

Eher geplante Neubesiedlung

Um bei der Parabel vom doppeldeutigen Rätselbild zu bleiben: Wonach entscheidet sich bei Doppeldeutigkeiten des Lebens, ob die eine oder die andere Variante die relevante ist? Am Kontext. Und der ist in diesem Falle die Realität. Natürlich kann und sollte man über diese diskutieren. Die Diskussion fing jedoch mit Unwahrheiten an: von den dringend benötigten Fachkräften über abgespeckte Handyversionen für den arabischen Markt bis hin zu potenziellen Einzahlern in die Sozialkassen zur Sicherung der Rente der „schon länger hier Lebenden“. Es werden immer neue euphemistische Bezeichnungen wie „Flüchtlinge“, „Schutzsuchende“ etc. für die in Massen ins Land drängenden, meist männlichen und muslimischen Zuwanderer gefunden, um einen moralischen Anspruch für die Aufnahme dieser zu begründen. Dabei ent-



Wer öffentlich spricht, will Aufmerksamkeit – und die Frage lautet: Wer hört wann und unter welchen Bedingungen noch zu? FOTO: INGA KIER/DPA

spricht bekanntermaßen nur ein geringer Bruchteil der Definition eines asylberechtigten Flüchtlings nach Genfer Konvention oder Grundgesetz, Artikel 16. Der Bevölkerung, besonders in den größeren Städten, in denen es zuweilen Warnungen gibt, als Frau allein joggen zu gehen oder zu bestimmten Zeiten bestimmte Orte aufzusuchen, kann die Veränderung der Lebensqualität, die Furcht vor zunehmender Leben und Eigentum bedrohender Kriminalität, die Veränderung des Straßenbildes nicht entgehen. Insgesamt flossen plötzlich Gelder unvorstellbarer Höhe, während Geldmangel in allen anderen Bereichen des Lebens um sich greift, ja, das Renteneintrittsalter in einem Land, in dem die arbeitenden Bürger sowieso schon eine der weltweit höchsten Abgabenlasten haben, nun noch weiter steigen soll. Kritik an diesen Zuständen wird oft mit dem Rechtsextremismusvorwurf mundtot gemacht. Erstaunlich ist, dass in den „Tagesthemen“ vom 20. Februar der Harvarddozent Yascha Mounk äußerte, „dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, mo-

nokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird – glaube ich – auch klappen, aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.“ Damit ist klar, dass es sich keineswegs um humanitäre Akte zu gunsten verfolgter Menschen handelt, sondern um eine geplante Neubesiedlung unseres Landes – oftmals als „rechte“ Verschwörungstheorie gebrandmarkt – handelt. (...)

Britta Fordran, Mittweida

Grundfeste der Demokratie

Vorab muss man feststellen, dass Grundrechtsträger ein Recht darauf haben, alles zu erfahren, was zu erfahren ist, bevor überhaupt über ein Thema gestritten werden kann, weil wir täglich erleben, wie Legitimität auch durch Lügen und Desinformation geschaffen und politisches Handeln daraus abgeleitet wird. Bei solch einer Entwicklung nimmt das Systemvertrauen ab, auch wenn Politiker inflationär behaupten, Probleme lösen zu können. Beim Wort „Problem“ beginnen aber schon die Bauchschmerzen, denn der Berliner Politikbetrieb spricht lieber von Herausforderung, ist dieses Wort doch

positiv besetzt. Und so setzt sich der Politsprech mit Wortwolken, weichgespülten Wohlwühlwörtern und optimistischen Phrasen fort, die alles verdecken sollen – vom Streit bis zum Unwissen. Aktuell treibt das Berliner Sprachkorsett mit dem Wort „Ankerzentren“ Blüten, eine Wortschöpfung, um das Wort „Lager“ zu vermeiden. Wer hat sich an Begriffen wie Zonenlager, Notaufnahmehamer oder Durchgangslager für DDR-Flüchtlinge gestoßen? (...) Die eingeforderte, viel beschworene Dialogkultur, über politische Lösungen für brisante wie auch zukunftsweisende gesellschaftliche Themen in einer verständlichen Sprache zu streiten, gehört zu einer der Grundfesten der Demokratie. Wenn aber keine Bereitschaft vorhanden ist, diese Themen erst einmal in ihrer Gänze mit allen Facetten und aller Deutlichkeit exakt zu benennen, ist das Selbstbetrug und führt letztlich dazu, dass keine oder nur unzulängliche Verfahren zur Verfügung gestellt werden, die eine Entlassung aus dem Krisenmodus versprechen. Dann wird diese Demokratie anfällig, auch weil sie keine Ewigkeitsgarantie in sich trägt. Die gelegentliche Ohnmacht der Bürger gegenüber Lobby- und Meinungskartellen scheint dabei nur groß zu sein, denn wenn der Grundrechtsträger sich verbündet und Öffentlichkeit herstellt, erzeugt er politischen Druck und parlamentarische Teilhabe, ob es den Altparteien gefällt oder auch nicht. Auch die „Gemeinsame Erklärung“, die von vielen Intellektuellen unterzeichnet wurde und per se mit dem Stempel der Akzeptanz von Fremdenfeindlichkeit der Unterzeichner versehen wurde, zeugt von fehlenden (ernsthaften) Gesprächsangeboten, die über dem Niveau platter Talkshowdiskussionen liegen. Die Frustration und auch Empörung der Menschen über das Nichtzuhören, die Abweisung von (richtigen) Fragestellungen allein deshalb, weil sie vom politischen Gegner kommen, wird wachsen, einschließlich der Gefahr einer Radikalisierung, die Gewalt als Mittel der Wahl nicht ausschließt. Dass es auch anders geht, haben die Menschen in Mitteldeutschland bei weitaus größeren gesellschaftlichen Herausforderungen 1989 bewiesen, als sie mit Mut, Intelligenz und Disziplin sich als politischer Souverän auf der Straße und an Runden Tischen artikulierten. Aber dazu ist diese Gesellschaft heute (scheinbar) weder willens noch in der Lage. Vielmehr werden Moderatoren wie Frank Richter für seine Gesprächsangebote zwischen „Sprachlosen“ aus den Altparteien angefeindet und auch aus dem Amt gedrängt. Das sind keine Kippbilder, und bevor man eine Diskussion einfordert, müssen wir erst einmal (wieder) lernen zuzuhören. (...)

Achim Tröger, Zwickau

Dem Verbrennungsmotor viel zu verdanken

Im Interview „Der Dieselmotor ist ein Klimakiller“ ist der Verkehrsökologe Udo Becker mit der Autoindustrie hart ins Gericht gegangen. Dieser Leser sieht das anders.

Das Interview zeigt eindrucksvoll, dass der Lehrstuhl für Verkehrsökologie nicht nur weltweit einmalig, sondern meiner Ansicht nach auch überflüssig ist. Unseren Fortschritt in den vergangenen 100 Jahren haben wir maßgeblich der Erfindung der weiteren Entwicklung und dem Einsatz des Verbrennungsmotors (Otto wie Diesel) zu verdanken. Ihn

heute zu verteufeln, keinerlei Kompromissbereitschaft zu zeigen und keine eigenen tragfähigen Konzepte vorzustellen, ist kontraproduktiv. Unstrittig ist: Der Verbrennungsmotor hat keine längere Zukunft mehr vor sich. Die derzeitigen Alternativen für eine individuelle Mobilität sind jedoch noch nicht ausgereift. Bevor man beispielsweise für die Erhöhung der Quote für Elektrofahrzeuge plädiert, muss auch die Infrastruktur stimmen. Nicht nur die Lademöglichkeiten, auch der zur Verfügung gestellte Strom muss stärker auf ökologische Erzeugung ausgelegt sein. Dabei meine ich nicht den Anbau und die darauf folgende Verknüpfung von Lebensmitteln für die Energieerzeugung, sondern vordergründig Sonne und Wind. Es nützt jedoch wenig, wenn Wind- und So-



Darum geht es in der Debatte: Wie lange müssen wir Auspuffabgase noch ertragen? FOTO: DANIEL MAURER/DPA

larparkbetreiber subventioniert werden und einspeisen können, so wie es gerade die zeitweiligen Bedingungen zulassen, und konventionel-

le Kraftwerke im Leerlauf fossile Energieträger verbrennen, damit sie im Bedarfsfall schnell am Netz sein können. Die ökologischen Stromerzeuger müssen ebenfalls die Versorgungssicherheit garantieren und jederzeit die vereinbarte Energie einspeisen. Technisch ist dies heute bereits möglich, zum Beispiel durch Kombination der unterschiedlichen Technologien in einem Park und Einsatz von Speichermedien. Wenn dies geklärt ist, muss noch der erzeugte Strom zu den Endverbrauchern. Der Ausbau der Trassen ist aber auch ein unpopuläres und länger dauerndes Thema. Aufgrund dessen wird uns der Verbrennungsmotor noch eine Zeit lang begleiten. Der Verweis auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr ist sicher für Dresden und Leipzig ein richtiges

Argument. Will man jedoch aus dem Raum Chemnitz oder dem Erzgebirge die Bahn nutzen, wird man sich schwer dafür begeistern lassen. Die individuelle Mobilität wird deshalb für viele Menschen noch geraume Zeit einen hohen Stellenwert haben. Wir müssen endlich diese Diskussion versachlichen und von der emotionalen Schiene heben. Kritiker und Befürworter des Verbrennungsmotors, das sind Umweltverbände, Politik und Industrie, müssen sich an einen Tisch setzen und gemeinsam einen tragfähigen Kompromiss und Fahrplan für die nächsten 20 Jahre erarbeiten. Das zeigt den Menschen im Land, dass es endlich vorgeht, und bringt Planungssicherheit für die Industrie und die Kommunen.

Thomas Lang, Hohenstein-Ernstthal